

## Die Bundesregierung will Großaktionären mehr Einfluß geben:

# Hände weg vom VW-Gesetz!

Bonn plant einen erneuten Anschlag auf die Arbeitnehmer. Diesmal sind vor allem die VW-Beschäftigten und die Zulieferbetriebe betroffen: Durch die Änderung des Aktienrechtes im Zusammenhang mit dem VW-Gesetz soll der Einfluß der

Großaktionäre und damit der Banken auf Kosten der Arbeitnehmerinteressen gestärkt werden.

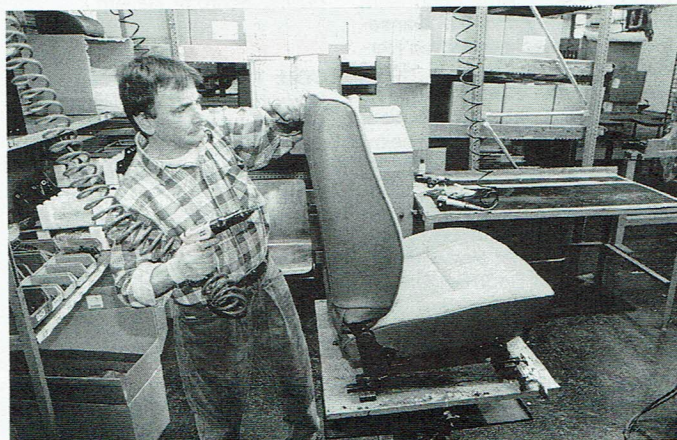
Die Eigenständigkeit von VW ist der Kohl-Regierung und vor allem der FDP ein Dorn im Auge: Bei VW herrscht nicht wie in anderen Unternehmen allein das Privatkapital mit den Großbanken. Durch ein Aktienpaket von 20 Prozent entscheidet das Land Niedersachsen auf der Kapitalseite mit. Im Aufsichtsrat sitzen zwei Vertreter der Landesregierung; Gegen die Vertreter des Landes und der Arbeitnehmer können keine schwerwiegenden Entscheidungen getroffen werden.

Volkswagen entstand Ende der dreißiger Jahre unter Einbeziehung der Deutschen Arbeitsfront (DAF). Nach dem Krieg

wurden der Bundesrepublik 100 Prozent der VW-Anteile übertragen.

Schon 1960 privatisierte die Adenauer-Regierung 60 Prozent der Anteile. 1988 verkaufte die Kohl-Regierung den 20prozentigen Bundesanteil. Jetzt soll das 20-Prozent-Paket des Landes Niedersachsen als Hauptaktionär geknackt werden. Der Einfluß der Arbeitnehmervertreter soll zurückgeschraubt werden.

**Die IG Metall und der Gesamtbetriebsrat wollen sich mit allen Mitteln dagegen wehren. In allen Betrieben des Bezirks Hannover in Niedersachsen wird deshalb ab 1. Mai eine breite Unterschriftenaktion gestartet. Beteiligt Euch, denn in der Folge werden auch unsere Arbeitsplätze betroffen sein!**



Zulieferer Lear Corporation in Osnabrück: Beteiligt Euch an der Unterschriften-Aktion der IG Metall!

## So schützt das VW-Gesetz

Das VW-Gesetz stammt aus dem Jahr 1960. Es soll vor übermäßiger Privatisierung und dem Einfluß der Banken schützen. Das geschieht durch folgende Sicherungen:

- Der Stimmenanteil auch größerer Aktionäre darf höchstens 20 Prozent betragen.
- Das Land Niedersachsen ist mit 20 Prozent größter Anteilseigner und hat damit letztlich immer eine Hand im Spiel.
- Die Übertragung von Stimmrechten etwa an Großbanken ist äußerst kompliziert. Dadurch machen viele Aktionäre von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch, ein heimliches Aufkaufen von Streuaktien etwa durch Großbanken wird erschwert, das Land Niedersachsen kann seinen beachtlichen Einfluß erhalten.
- Der Aufsichtsrat kann nur mit einer Zweidrittelmehrheit zum Beispiel über die Errichtung und Verlagerung von Produktionsstätten beschließen; Gegen die Arbeitnehmerbank und die beiden Vertreter des Landes Niedersachsen ist die Schließung von Standorten nicht zu machen.

## Rund 2600 Zulieferer

Im Autoland Niedersachsen ist VW bestimmende wirtschaftliche Kraft: Insgesamt hängen 210 000 Arbeitsplätze direkt und indirekt von VW ab.

80 000 Arbeitsplätze bieten allein die fünf niedersächsischen VW-Standorte (plus 15 000 im benachbarten Kassel). Weitere 130 000 Niedersachsen arbeiten bei Zulieferern und in Dienstleistungsbereichen ebenfalls für Europas größten Autohersteller – in 2600 Einzelbetrieben. Damit sind 23 Prozent der inländischen Zulieferer allein in Niedersachsen beheimatet. Seit 1990 hat sich das Zulieferervolumen aus niedersächsischen Betrieben im Vergleich zu anderen Bundesländern überproportional gesteigert. Und durch gezielte Ansiedlungspolitik (Just in time, Systemlieferanten) gewinnt der Standort Niedersachsen weiter an Bedeutung.

Was passieren könnte, wenn das VW-Gesetz verändert würde

# Das Jahr 2005: GM schluckt VW

Das Jahr 2005: Heimlich haben deutsche Großbanken kräftig VW-Aktien aufgekauft. Auf der Hauptversammlung präsentiert der amerikanische Konkurrent GM überraschend die Aktienmehrheit. Wenige Tage später wird das VW-Management gefeuert und die Schließung der Standorte Braunschweig, Salzgitter und Hannover bekanntgegeben. Neuer Konzernsitz wird Detroit.

Ein unmögliches Szenario? Nicht, wenn es der Bundesregierung gelingt, das Aktienrecht und das VW-Gesetz zu ändern.

Justizminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) verkündet unverhohlen, wo die Reise hingehen soll: Das deutsche Unternehmensrecht müsse stärker auf die Bedürfnisse der internationalen Finanzmärkte ausgerichtet werden. „Die Bedeutung ausländischer Investoren und ihrer Erwartungen nimmt zu.“ Die Übernahmeschlacht um Thyssen demonstrierte, wie „brutaler Kapitalismus“ (Der Spiegel) agieren kann. Den

Deal fädelten die Großbanken ein: Heimlich kauften Deutsche und Dresdner Bank Thyssen-Aktien auf – der Kurs stieg an. Der große Riese sollte vom kleineren Konkurrenten geschluckt werden. Auftraggeber war Vorstandschef Gerhard Cromme von Krupp, der vor kurzem auch in den Aufsichtsrat von VW eingezogen ist. „Die Politik ist den Finanzjongleuren ausgeliefert“, klagte der nordrhein-westfälische Wirtschaftsmini-

ster Wolfgang Clement (SPD) hilflos.

Warum ging es nicht umgekehrt? Während bei Thyssen knapp 80 Prozent der Aktien im Streubesitz liegen, sind es bei Krupp nur 17,7 Prozent. Den Hauptanteil hält die Krupp-Stiftung mit 51,6 Prozent. So war der Kleinere vor dem Größeren geschützt.

Ähnlich schützt das VW-Gesetz mit der Stimmrechtsbeschränkung auf 20 Prozent.



Standort Wolfsburg: Spielball fremder Aktionäre?

Wenn etwa das Höchststimmrecht fällt, ahnte schon die „Hannoversche Allgemeine“ im Oktober letzten Jahres, dann „kann auch ein Riese wie VW zum Spielball eines fremden Großaktionärs werden“. Und der IG Metall-Vorsitzende Otto Brenner erkannte schon 1957 weitsichtig: Wenn „die Großaktionäre das Übergewicht“ erhielten, könnte VW „in die Hände ausländischer Konkurrenten“ fallen.

Auf jeden Fall aber könnten die Banken über das Depotstimmrecht die Stimmen der Kleinaktionäre raffen: das Land Niedersachsen hätte keinen Einfluß mehr, Haustarif, Vier-Tage-Woche und Beschäftigungssicherung könnten geknackt, Standorte verlagert werden. Und im Fall GM gingen die Aufträge für Zulieferer vorrangig in die USA – das Autoland Niedersachsen würde zerfleddert.

Im Fall Thyssen machten rund 30 000 Stahlarbeiter den Großbanken Feuer: sie protestierten vor den Zwillingstürmen der Deutschen Bank in Frankfurt. „Aktien kann man nicht essen“, lautete ein Spruchband. Das gilt auch für VW.

## Gesamtbetriebsrat forderte Stellungnahme der Bundestagsabgeordneten ein:

# 36 haben nicht einmal geantwortet

Der Gesamtbetriebsrat hat mit Schreiben vom 15. Oktober 1996 die Abgeordneten des Bundestages aus den Regionen der VW- und Audi-Standorte aufgefordert, klar Stellung zu beziehen. Die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS haben sich eindeutig gegen die Novellierung ausgesprochen. Von der CDU/CSU- und FDP-Fraktion ist nicht einmal eine grundsätzliche Stellungnahme gekommen. Und 36 Abgeordnete haben gar nicht geantwortet. Hier ein Überblick:

### Gegen Änderung:

**SPD:** Oskar Lafontaine, SPD-Vorsitzender; Rudolf Scharping, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion; Gerhard Schröder, Ministerpräsident Niedersachsen;

Heinrich Aller, SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen; Leila Onur, Braunschweig; Hans Büttner, Ingolstadt; Edelgard Bulmahn, Hannover; Hans-Martin Bury, Baden-Württemberg; Iris Vollak, Hessen; Arne Fuhrmann, Niedersachsen; Monika Ganseforth, Niedersachsen; Alfred Hartenbach, Hessen; Gerd Höfer, Hessen; Jann-Peter Janssen, Aurich-Emden; Erika Lotz, Hessen; Dr. Hermann Rappe, Hildesheim; Reinhold Robbe, Niedersachsen; Gerhard Rübenkönig, Kassel; Brigitte Schulte, Hameln-Holzminde; Wilhelm Schmidt, Salzgitter-Wolfenbüttel; Ernst Schwanhold, Niedersachsen; Bodo Seidenthal, Wolfsburg-Helmstedt; Hans-Joachim Tappe, Hessen; Inge Wetzig-Danielmeier, Niedersachsen; Berthold Wittich, Hessen; Jelena von Hoffmann, Chemnitz. **Bünd-**

**nis 90/Grüne:** Dr. Manuel Kiper, Niedersachsen; Waltraud Schoppe, Niedersachsen; Ursula Schönberger, Niedersachsen; Mathias Berninger, Hessen. **PDS:** Rolf Köhne, Niedersachsen; Eva Bulling-Schröter, Bayern.

### Für Änderung:

**CDU:** Manfred Carstens, Cloppenburg-Vechta; Dr. Michael Luther, Sachsen; Prof. Dr. Erika Schuchardt, Niedersachsen. **FDP:** Günther Bredehorn, Niedersachsen.

### Stellungnahme angekündigt:

Erich Maaß (CSU), Niedersachsen; Wilfried Seibel (CDU), Niedersachsen.

### Noch keine Festlegung:

Horst Seehofer (CSU), Ingolstadt.

### Nicht geantwortet:

**CDU:** Dr. Rita Süßmuth, Rudolf Seiters, Dr. Friedbert Pflüger, Anneliese Augustin, Gertrud Dempwolf, Wilhelm Dietzel, Heinz-Dieter Eßmann, Kurt-Dieter Grill, Carl-Detlev Hammerstein, Otto Hauser, Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Renate Hellwig, Dr. Karl-Heinz Hornhues, Siegfried Hornung, Dr. Dietmar Kansy, Dr. Bernd Klaußner, Eckart von Klæden, Manfred Kolbe, Eva-Maria Kors, Dr. Hermann Kuesa, Herbert Lattmann, Walter Link, Engelbert Nelle, Marlies Pretzlaff, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Reinhard von Schorier, Bernd Siebert, Jürgen Sikora, Egon Susset, Gottfried Tröger. **FDP:** Walter Hirche, Joachim Günther, Ulrich Heinrich, Detlef Kleinert, Lisa Peters, Carl-Ludwig Thiele.